

**Materialienband zu:
„Tripartite Strategie zur schweizerischen
Agglomerationspolitik“**

24. April 2013

Inhaltsverzeichnis

1	Herausforderungen	2
1.1	Soziale Integration, Wohnen und Sicherheit in einer pluralistischen Gesellschaft.....	3
1.2	Standortattraktivität und Innovation	5
1.3	Umwelt, Klima und Energie	5
1.4	Verkehr und Siedlung, Landschaft und Freiraumentwicklung.....	6
1.5	Governance und Stadt-Land-Beziehungen	8
1.6	Finanzierung urbaner Aufgaben	8
1.7	Priorisierungsergebnisse des Workshops	9
2	Ergebnisse der Vertiefungswshops	11
2.1	Themenfeld C: Nachhaltiger Städtebau und Quartierentwicklung.....	12
2.2	Themenfeld D: Stärkung des Gesellschaftlichen Zusammenhalts	18
2.3	Themenfeld E: Stärkung der Standortattraktivität, der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovationskraft und Positionierung der Agglomerationen.....	24

1 Herausforderungen

Im Folgenden wird ein Auszug resp. eine Zusammenstellung aus dem Bericht von: Ecoplan (2012), Urbane Herausforderungen, präsentiert, ergänzt um die Stellungnahmen am Hearing und der schriftlichen Konsultation.

Der erwähnte Bericht fasst die in einer Vielzahl von Berichten und Studien identifizierten urbanen Herausforderungen zusammen. Sie werden in sechs Schwerpunktthemen gegliedert.

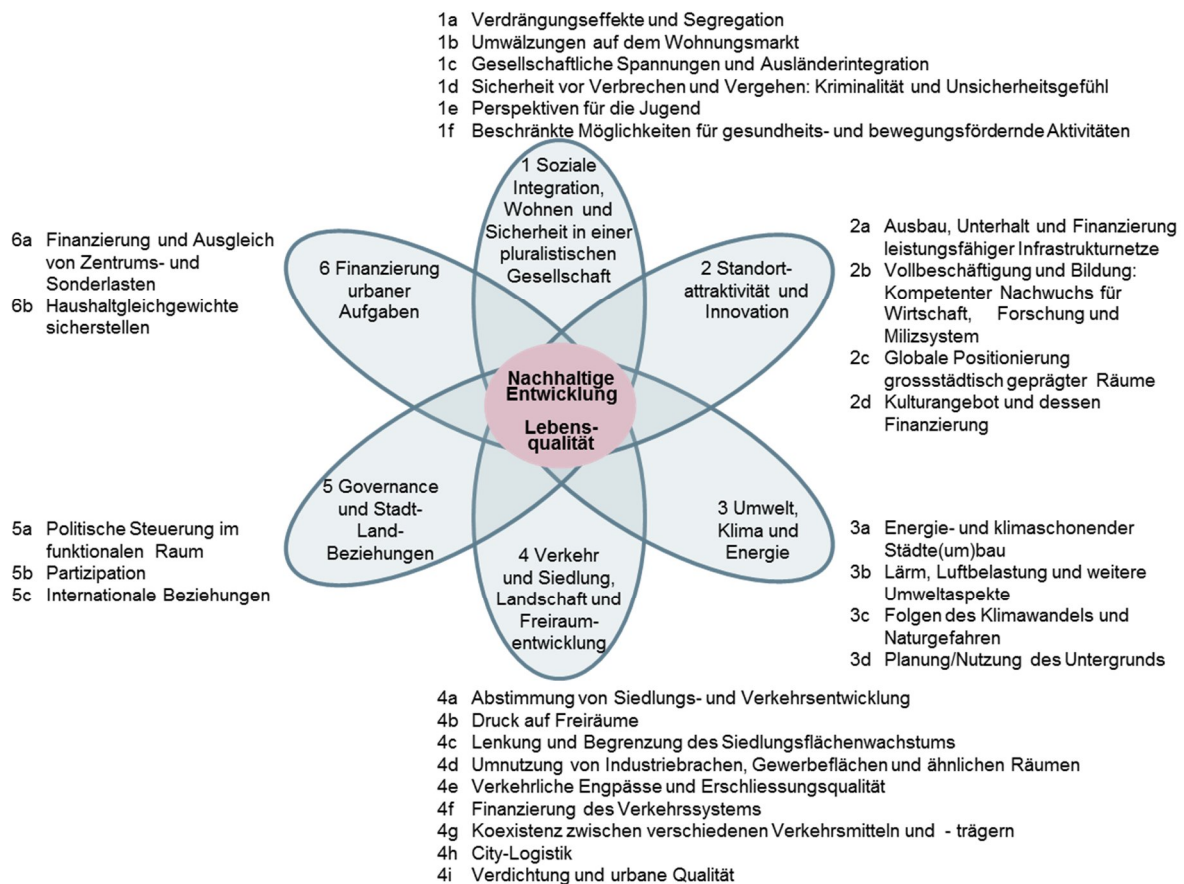
Als Oberziele über diesen Herausforderungen werden eine „**Nachhaltige Entwicklung**“ und hohe „**Lebensqualität in Agglomerationen**“ aufgefasst. Die Herausforderungen sind nicht immer trennscharf und beeinflussen sich z.T. gegenseitig. Ein wichtiger treibender Faktor für zahlreiche Herausforderungen (und in diesem Sinn eine „treibende Kraft“) sind das **Bevölkerungswachstum** und der **demografische Wandel**.

Im Folgenden werden die prioritären Herausforderungen nach den Schwerpunktthemen zusammengefasst.

Zusätzlich aufgeführt werden die Herausforderungen, die am Hearing von Ende August 2012 sowie in der anschliessenden Konsultation eingebracht wurden. Einige dieser eingebrachten Punkte sind allerdings bereits in den Herausforderungen gemäss Bericht Ecoplan enthalten, wenn auch z.T. in anderen Formulierungen.

Einen Überblick gibt die folgende Abbildung:

Abbildung 1-1: Überblick über die Herausforderungen für die Agglomerationspolitik



Hinweis: Die Herausforderungen wurden gestützt auf das Hearing vom August 2012 neu gegliedert und den prioritären Themenfeldern zugeordnet (vgl. dazu Abschnitt 2.4.1 und Abbildung 2-4 im Hauptbericht).

1.1 Soziale Integration, Wohnen und Sicherheit in einer pluralistischen Gesellschaft

- a) *Verdrängungseffekte und Segregation*: Migration und Bevölkerungswachstum führen in Zusammenhang mit der steigenden Attraktivität von Kernstädten zu höheren Mieten und begünstigen eine soziale Entmischung einzelner Quartiere, was zu sozialen Spannungen und Problemen führen kann.
- b) *Umwälzungen auf dem Wohnungsmarkt*: Neue Familien- und Haushaltsformen schaffen Bedürfnisse nach neuen Wohnformen, z.B. für SeniorInnen und Singles. Hier haben vor allem suburbane Gebiete einen Nachholbedarf.
- c) *Gesellschaftliche Spannungen und Ausländerintegration*: In urbanen Räumen manifestieren sich gesellschaftliche und kulturelle Spannungen besonders ausgeprägt. Ihre Ursachen sind vielschichtig, z.B. Migration, mangelnde Ausländerintegration und unterschiedliche Lebensformen.

- d) *Sicherheit vor Verbrechen und Vergehen: Kriminalität und Unsicherheitsgefühl:* Das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung nimmt zu. Ursachen hierfür sind objektive Gründe, so haben die Schwere der durch Jugendliche ausgeübten Gewaltdelikte zugenommen, aber auch die subjektive Wahrnehmung, die durch Medienberichterstattungen und zunehmende gesellschaftliche Spannungen geprägt wird.
- e) *Perspektiven für die Jugend:* Unsicherheit bei der Wahl von Beruf und Lebensstil, Jugendarbeitslosigkeit und zunehmende räumliche Segregation in urbanen Räumen sind Ursachen für die häufig konturlosen Perspektiven, denen sich viele Jugendliche gegenübersehen
- f) *Beschränkte Möglichkeiten für gesundheits- und bewegungsfördernde Aktivitäten:* Freiräume für bewegungsfördernde Aktivitäten sind in urbanen Räumen häufig Mangelware. Regelmässige Bewegung reduziert das Risiko zu erkranken.
- g) *Ergänzungen aus den schriftlichen Stellungnahmen:*
- *Wohnen:*
 - *Die Herausforderungen rund um die Bereitstellung eines ausgewogenen und räumlich angemessen verteilten sowie erschwinglichen Wohnraumangebots kommen zu wenig zum Ausdruck*
 - *Initiatives et moyens publics pour la production de logements (politique foncière, etc.)*
 - *Nouveaux modes d'habiter*
 - *Familien- und Kinderfreundlichkeit der Kernstädte bzw. Agglomerationen (vgl. UNICEF-Initiative);*
 - *Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie insbesondere die Frage der Betreuungsstrukturen (frühkindliche Betreuung und Schule);*
 - *Perspektiven für Kinder und Frühförderung (Begründung: Zu viele Kinder treten aufgrund einer ungenügenden Frühförderung mit Entwicklungsdefiziten in den Kindergarten ein. Diese Defizite können sie im Lauf der Schulzeit kaum mehr aufholen. Damit sind die Bildungschancen dieser Kinder beeinträchtigt)*
 - *Stärkung der Schulen bei ihrer Aufgabe der gesellschaftlichen Integration von Kindern und Jugendlichen*
 - *Alter:*
 - *Der Aspekt der demografischen Entwicklung und die damit verbundene Problematik Jugend/Alter ist zu ergänzen*
 - *Alterspolitik und Altersversorgung*
 - *Sicherheit / Nutzungskonflikte:*
 - *Belästigungen und Gefühl der Unsicherheit im Zusammenhang mit der Nutzung des öffentlichen Raums (Nutzungskonflikte);*
 - *Nachtleben und Nutzungskonflikte; Konflikte zwischen Bewohnern von (teureren) Wohnungen und Unterhaltungssuchenden auf nächtlichen Touren*
 - *Nutzungsdruck im öffentlichen Raum / 24-Stunden-Gesellschaft (unter 1 aufgeführt, betrifft aber auch 2)*
 - *Städteplanung für Mobilitätsbehinderte*
 - *Integration neuer Migrantengruppen mit hohem Bildungsniveau und Einkommen*
 - *Gesundheit (unter 1 aufgeführt, betrifft aber auch andere Themen)*
 - *Innenstädte (unter 1 aufgeführt, betrifft aber auch andere Themen)*
 - *Mixités fonctionnelle et inter-générationnelle*

- *équipements publics (infrastructures scolaires, etc.) : Planification et financement*

1.2 Standortattraktivität und Innovation

- Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft:* Die Agglomerationen, insbesondere die Metropolitanräume, sind die wirtschaftlichen Motoren der Schweiz. Sie müssen in Anbetracht des zunehmenden internationalen Wettbewerbsdrucks ihre Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit national und international verbessern.
- Ausbau, Unterhalt und Finanzierung leistungsfähiger Infrastrukturnetze:* Die Bereitstellung technisch hochstehender Infrastrukturnetze mit genügend Kapazität ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Die Erhaltung der intensiv genutzten Infrastrukturen und ihr gezielter Ausbau stellen sowohl finanzielle als auch technische Herausforderungen dar.
- Vollbeschäftigung und Bildung:* In der Bildungs- und Beschäftigungspolitik geht es darum, den überdurchschnittlichen Bedarf an kompetentem Nachwuchs für Wirtschaft, Forschung und Milizsystem sicherzustellen und Excellence in einzelnen Angeboten zu fördern, dies möglichst in Abstimmung mit der wirtschaftlichen Schwerpunktsetzung.
- Globale Positionierung grossstädtisch geprägter Räume:* Grossstädtisch geprägte Handlungsräume (Metropolitanräume und Hauptstadregion Schweiz) müssen sich dem internationalen Standortwettbewerb stellen, ihre Positionierung laufend überprüfen und gegebenenfalls anpassen.
- Kulturangebot und dessen Finanzierung:* Das Kulturangebot ist für urbane Räume eine Profilierungschance und imagebildend zugleich. Es hat eine identitätsstiftende und integrative Funktion. Die Abstimmung der Kulturangebote zwischen den Agglomerationen und deren Finanzierung sind grosse Herausforderungen.
- Ergänzungen aus den schriftlichen Stellungnahmen:*
 - *Auf nationaler Ebene: Kooperation anstelle von Wettbewerb*
 - *Verfügbarkeit von erschlossenem Bauland für wertschöpfungsorientierte Arbeitsplätze*
 - *Angebot an gut ausgebildeten Arbeitskräften in einem vernünftigen Einzugsgebiet*
 - *Notwendiger Handlungsspielraum der Behörden*
 - *Ansiedlungspolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden für Unternehmungen*
 - *Sportinfrastruktur und deren Finanzierung / L'offre sportive, de loisirs et de détente et son financement*

1.3 Umwelt, Klima und Energie

- Energie- und klimaschonender Städte(um)bau:* Im Zeichen von Ressourcenknappheit bei höherer Energienachfrage sind neue Lösungen gefragt: energiesparende, integrierte

Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklungen, Gebäudesanierungen und Ersatzneubauten sowie eine klimaverträgliche Energieversorgung.

- b) *Lärm, Luftbelastung und weitere Umweltaspekte:* Noch immer liegt die Lärm- und Luftbelastung teilweise über den zugelassenen Grenzwerten, was in urbanen Räumen aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte gesundheitlich besonders belastend wirkt. Der Schutz vor Naturgefahren und Extremereignissen ist ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich.
- c) *Folgen des Klimawandels und Naturgefahren:* Der fortschreitende Klimawandel übt einen starken Einfluss auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung in Städten aus: Hohe Temperaturen, welche sich durch lokale Effekte in Städten verschärfen, führen zu häufigeren und stärkeren Hitzebelastungen (Hitzeinseln). Gesundheitliche Risiken und Belastungen für die urbane Bevölkerung nehmen zu.
- d) *Zusätzlich am Hearing eingebracht: Planung und Nutzung des Untergrundes*
- e) *Ergänzungen aus den schriftlichen Stellungnahmen*
 - Ökologische Lebensräume und Biodiversität in Stadt und Agglomeration
 - Production énergétique durable en ville
 - Planification énergétique et réseaux
 - Ressources et approvisionnement
 - Gestion des déchets
 - Ecologie industrielle

1.4 Verkehr und Siedlung, Landschaft und Freiraumentwicklung

- a) *Abstimmung von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung:* Mit dem anhaltenden Wachstum der Siedlungsflächen und des Verkehrs sind die Koordination von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung und die integrale Behandlung von Siedlung, Verkehr, Infrastruktur und Landschaft unter Berücksichtigung der finanziellen Ressourcen besonders gefordert.
- b) *Druck auf Freiräume:* Der Druck auf Erholungs- und Grünräume nimmt mit der intensiveren Nutzung der Siedlungsflächen und dem Wachstum der Bevölkerung in den Agglomerationen zu. Für den Erhalt der Lebensqualität braucht es trotz zunehmenden Nutzungskonflikten ausreichend attraktiven bewegungsfreundlichen öffentlichen Raum.^{1 2}

¹ In einer Stellungnahme des Bundes, die vom ARE koordiniert wurde, wird folgende Umformulierung des letzten Satzes angeregt: „Für den Erhalt der Lebensqualität braucht es trotz Verdichtung in Städten eine hohe Qualität des öffentlichen Raums. Bei deren Umsetzung stehen ein energie- und klimaschonender Städte(um)bau, die Freiraumentwicklung, die Umnutzung von Industriebrachen und ähnlichen Räumen sowie die Sicherung der Lebensräume und Vernetzung der Biodiversität im Vordergrund.“

² Aus einer Stellungnahme: Öffentliche Räume bilden eine wichtige Ressource der Städte und Agglomerationen. In diesem Zusammenhang geht es vor allem um Plätze und Strassen in den Zentren. Der Begriff „Freiräume“ sollte hier deshalb korrekter durch „urbane öffentliche Räume“ ersetzt werden. Um dieser Herausforderung ge rechter zu werden, sollte es deshalb heissen: „Druck auf öffentliche Zentrums- und Naherholungsräume“

- c) *Lenkung und Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums*: Das Ziel der haushälterischen Bodennutzung verlangt nach einer höheren Nutzungsdichte. Zur Deckung des zusätzlichen Flächenbedarfs für Wohnen und Arbeiten müssen deshalb bestehende Siedlungsflächen verdichtet und die Ausnützungsziffer neuer Siedlungen erhöht werden.
- d) *Umnutzung von Industriebrachen, Gewerbeflächen und ähnlichen Räumen*: Verdichtungs- und Umnutzungspotenziale müssen besser ausgeschöpft werden. Dies gilt ganz besonders für Siedlungsbrachen im Besitz der öffentlichen Hand, aber auch für ehemalige Industrieareale und Gewerbeflächen.
- e) *Verkehrliche Engpässe und Erschliessungsqualität*: Die Verkehrsproblematik verschärft sich: Stau auf Strassen und Überlastungen im ÖV nehmen zu. Im Langsamverkehr bestehen Netzlücken und Sicherheitsprobleme.
- f) *Finanzierung des Verkehrssystems*: Der Substanzerhalt, ebenso wie der Betrieb und der Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen steht vor grossen Finanzierungsproblemen, und zwar sowohl für den motorisierten Privatverkehr als auch den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr. Dies gilt besonders ausgeprägt für die Verkehrsinfrastruktur in urbanen Räumen.
- g) *Koexistenz zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln und -trägern* Die verträgliche Gestaltung der Strassenräume für alle ist eine Herausforderung, die besonders in stark genutzten Strassenabschnitten in urbanen Räumen an Bedeutung gewinnt
- h) *City-Logistik*: Der strassengebundene Güterverkehr führt zu einer zusätzlichen Belastung des urbanen Strassennetzes. Eine gezielte Bündelung des städtischen Güterverkehrs könnte zu einer Entlastung der Strasseninfrastruktur beitragen.
- i) *Zusätzlich am Hearing eingebracht: Verdichtung und urbane Qualität [Teile dieser Herausforderung sind allerdings oben unter b) und d) bereits enthalten]*
- j) *Ergänzungen aus den schriftlichen Stellungnahmen*:
- *Verbesserung der Erreichbarkeit der Agglomerationen über eine Stärkung der nachhaltigen Verkehrsmittel;*
 - *Aufwertung von Stadtgebieten (Begegnungs- und Fussgängerzonen) und Grünzonen;*
 - *Abstimmung zwischen Verdichtung und Verkehrssystemen.*
 - *Qualität öffentlicher Raum (espaces publics)*
 - *Innenstädte*
 - *Bahnareale*
 - *Siedlungsentwicklung nach innen (Densification des zones bâties (zones de villas par exemple))*
 - *Verfügbarkeit von Bauland (für Wohnen und Gewerbe/Industrie)*
 - *Aktive Bodenpolitik der öffentlichen Hand*
 - *Umweltfreundliche Mobilität*

- *Patrimoine naturel et bâti*
- *Construction en hauteur (tours)*
- *Agriculture urbaine et péri-urbaine*
- *Implantation des commerces et activités à forte génération de trafic*
- *Devenir des activités secondaires et à faible valeur ajoutée dans les agglomérations*

1.5 Governance und Stadt-Land-Beziehungen

- Politische Steuerung im funktionalen Raum:* Kernstädte und übrige Agglomerationsgemeinden sind unter sich und mit dem angrenzenden ländlichen Raum funktional verflochten. Das föderalistische System erschwert eine wirkungsvolle Steuerung über den funktionalen Raum. Die Nachteile der damit verbundenen kleinräumigen Strukturen sind zu überwinden und Zusammenarbeitsformen vermehrt im funktionalen Raum anzustreben.
- Partizipation:* Die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Entwicklung neuer Lösungen ist ein wichtiger Faktor für deren erfolgreiche Umsetzung. Ziel ist ein aktives Mitmachen der Bevölkerung bei Problemlösungsprozessen zu urbanen Herausforderungen. Dies ist zwar anspruchsvoll und braucht Zeit, ermöglicht aber die „Teilhabe“ an neuen Lösungen und schafft die notwendige Akzeptanz.
- Internationale Beziehungen:* Grossstädtisch geprägte Handlungsräume stehen vor der Herausforderung, im internationalen Standortwettbewerb zu bestehen. Die Pflege und der gezielte Ausbau internationaler Beziehungen verbessert die Fähigkeit zur Anpassung an Entwicklungen im internationalen Umfeld und kann zur Stärkung der eigenen Position beitragen.
- Ergänzungen aus den schriftlichen Stellungnahmen*
 - *Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses zwischen den vier Polen Stadt, Land, Fachwelt und Bevölkerung für eine sinnvolle Weiterentwicklung von Stadt und Agglomeration*
 - *Politische Steuerung im funktionalen Raum und Anpassung der Rahmenbedingungen (z.B. kantonale Finanzausgleiche)*
 - *Interkommunale und interkantonale Mitfinanzierung von Kulturangeboten und -infrastrukturen*

1.6 Finanzierung urbaner Aufgaben

- Finanzierung und Ausgleich von Sonder- und Zentrumslasten:* Die Sicherung der Finanzierbarkeit agglomerationsspezifischer Lasten resp. das Erarbeiten von fairen Mechanismen bei Finanzierungs- und Lastenausgleichsfragen wird für Agglomerationen in Zukunft von zunehmender Bedeutung sein.

b) *Haushaltsgleichgewichte sicherstellen*: Aufgrund der demografischen Entwicklung und des Erneuerungs- und Erweiterungsbedarfs bei den Infrastrukturen sind Städte und Agglomerationsgemeinden besonders gefordert, wenn es um die Einhaltung des finanziellen Gleichgewichts ihrer öffentlichen Haushalte geht.

c) *Ergänzungen aus den schriftlichen Stellungnahmen*:

- *Interkommunale und interkantonale Mitfinanzierung von Kulturangeboten und –infrastrukturen (betrifft auch 5)*
- *Interkommunale und interkantonale Mitfinanzierung von Sportangeboten und –infrastrukturen (betrifft auch 5)*
- *Finanzielle Spielräume entwickeln (anstelle von „Haushaltsgleichgewichte sicherstellen“)*

1.7 Priorisierungsergebnisse des Workshops

Am Hearing vom 29.08.2012 konnten die Teilnehmenden pro Person fünf Punkte vergeben, um die Herausforderungen gemäss Inputbericht bezüglich der Weiterentwicklung (über die heutigen Aktivitäten hinaus) zu priorisieren.

Die Herausforderungen 3d und 4i wurden am Hearing zusätzlich genannt und waren nicht resp. nur als Teil anderer Herausforderungen im Inputbericht enthalten.

Die letzte Spalte der folgenden Tabelle zeigt das Themenfeld, in dem die jeweilige Herausforderung mitberücksichtigt werden soll.

Abbildung 1-2: Priorisierung der Herausforderungen gemäss Hearing vom 29.08.12

			Pkte	Th. **
1	Intégration sociale, logement et sécurité dans une société pluraliste	Soziale Integration, Wohnen und Sicherheit in einer pluralistischen Gesellschaft		
a	Effets d'éviction et ségrégation	Verdrängungseffekte und Segregation	9	D
b	Bouleversements sur le marché du logement	Umwälzungen auf dem Wohnungsmarkt	11	C
c	Tensions sociales et intégration des étrangers	Gesellschaftliche Spannungen und Ausländerintegration	24	C / D
d	Sécurité face aux crimes et délits: criminalité et sentiment d'insécurité	Sicherheit vor Verbrechen und Vergehen: Kriminalität und Unsicherheitsgefühl	0	
e	Perspectives pour la jeunesse	Perspektiven für die Jugend	3	
f	Possibilités limitées d'activités propices à la santé et favorisant l'exercice physique	Beschränkte Möglichkeiten für gesundheits- und bewegungsfördernde Aktivitäten	0	
2	Attractivité économique et innovation	Standortattraktivität und Innovation		
a	Compétitivité et force d'innovation	Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft	21	E
b	Aménagement, entretien et financement de réseaux d'infrastructures performants	Ausbau, Unterhalt und Finanzierung leistungsfähiger Infrastrukturnetze	25	B
c	Plein emploi et formation: relève compétente pour l'économie, la recherche et le système de milic	Vollbeschäftigung und Bildung: Kompetenter Nachwuchs für Wirtschaft, Forschung und Milizsystem	3	
d	Positionnement global des territoires reposant sur de grands centres urbains	Globale Positionierung grossstädtisch geprägter Räume	7	E
e	L'offre culturelle et son financement	Kulturangebot und dessen Finanzierung	2	
3	Environnement, climat et énergie	Umwelt, Klima und Energie		
a	Développement urbain ménageant l'énergie et le climat	Energie- und klimaschonender Städte(um)bau	19	C
b	Bruit, pollution atmosphérique et autres aspects environnementaux	Lärm, Luftbelastung und weitere Umweltaspekte	5	
c	Conséquences du changement climatique et dangers naturels	Folgen des Klimawandels und Naturgefahren	3	
d *	<i>Planifications/utilisation du sous-sol</i>	<i>Planung/Nutzung des Untergrunds</i>	0	
4	Transports et urbanisation, paysage et aménagement des espaces non construits	Verkehr und Siedlung, Landschaft und Freiraumentwicklung		
a	Coordination de l'urbanisation et des transports	Abstimmung von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung	33	B
b	Pression sur les espaces non construits	Druck auf Freiräume	3	C
c	Gestion et limitation de l'extension des surfaces bâties	Lenkung und Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums	11	C
d	Réaffectation des friches industrielles ou artisanales et des espaces similaires	Umnutzung von Industriebrachen, Gewerbeflächen und ähnlichen Räumen	1	
e	Goulets d'étranglement dans les transports et qualité de desserte	Verkehrliche Engpässe und Erschliessungsqualität	5	B
f	Financement du système de transport	Finanzierung des Verkehrssystems	31	B
g	Coexistence de plusieurs moyens/modes de transport	Koexistenz zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln und -trägern	1	B
h	Logistique urbaine	City-Logistik	1	
i*	<i>Densification et qualité urbaine</i>	<i>Verdichtung und urbane Qualität</i>	20	C
5	Gouvernance et relations ville-campagne	Governance und Stadt-Land-Beziehung		
a	Pilotage politique dans les espaces fonctionnels	Politische Steuerung im funktionalen Raum	31	A
b	Participation	Partizipation	0	
c	Relations internationales	Internationale Beziehungen	3	
6	Financement des charges urbaines	Finanzierung urbaner Aufgaben		
a	Péréquation et compensation des charges excessives et des charges de centres	Finanzierung und Ausgleich von Sonder- und Zentrumslasten	26	F
b	Garantir l'équilibre budgétaire	Haushaltsgleichgewichte sicherstellen	0	

* Herausforderungen, die am Hearing zusätzlich genannt wurden, und nicht resp. in anderer Form im Inputbericht enthalten sind.

** Themenfeld gemäss Strategie, in dem diese Herausforderung berücksichtigt werden soll

Eine detailliertere Analyse der Priorisierung am Hearing ist auf Anfrage bei der TAK-Geschäftsstelle (c/o KdK) erhältlich.

2 Ergebnisse der Vertiefungsworkshops

Für die Vertiefungsworkshops der Themenfelder C, D und E wurden jeweils 10 bis 15 Fachpersonen nach einem Vorschlag der Projektleitung eingeladen. Die Workshops wurden von Ecoplan organisiert und moderiert und im Haus der Kantone durchgeführt.

In den folgenden Abschnitten werden die Ergebnisse aus den drei durchgeführten Vertiefungsworkshop wie folgt präsentiert:

- Übersicht über die Teilnehmenden
- Zugrundeliegende Herausforderungen
- Vertiefte Handlungsansätze
- Weitere Handlungsansätze und Anregungen
- Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen am Hearing vom 29. August 2012³

Es handelt sich bei den nachfolgenden Ausführungen um Ansichten einzelner oder mehrerer Workshop-Teilnehmenden, welche weder deren Institution noch die Projektleitung binden.

³ Diese wurden auch den Teilnehmenden der Vertiefungsworkshops als Grundlage im Voraus zugestellt.

2.1 Themenfeld C: Nachhaltiger Städtebau und Quartierentwicklung

Datum: 8. Januar 2013, 13:45 bis 17:00

a) Teilnehmende

Name	Vorname	Organisation/Funktion
Beuret	Alain	Aménagement local et régional, Canton du Jura
Bützer	Michael	Leiter Politikbereiche Umwelt, Energie, Verkehr, Wirtschaft und Finanzen, Gemeindeverband
Camenzind	Reto	Bundesamt für Raumentwicklung
Eckert	Nadine	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Bereich Innenpolitik, Konferenz der Kantonsregierungen
Eggenberger	Martin	Planteam S AG
Gresch	Sabine	Bereichsleiterin Freiraumplanung, Stadt Bern
Guérin	Julien	Responsable agglomération, Service d'urbanisme, Ville de Lausanne
Jenni	Barbara	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Schweizerischer Städteverband
Keller	Viviane	Cheffe de l'Unité de développement durable, Canton de Vaud
Kurz	Birgit	Amt für Städtebau, Stadt Zürich
Lehmann Pollheimer	Daniel	Wissenschaftlicher Mitarbeiter / Projektleiter, Kommunale Infrastruktur
Natrup	Wilhelm	Kantonsplaner, Kanton Zürich
Odiot	Muriel	Agglomerationspolitik, Bundesamt für Raumentwicklung
Steiger	Urs	Umsetzungsbeauftragter NFP 54, steiger texte, konzepte und beratung
Suter	Beat	Geschäftsleiter, Metron
Tobler	Georg	Inhaber, Büro Stadt- und Agglomerationsentwicklung
Widmer Pham	Ariane	Cheffe de projet, Bureau du Schéma directeur de l'Ouest lausannois (SDOL)
Zahler	Christian	alt Gemeindepräsident, Ostermundigen
Zimmermann	Nicole	Leiterin Sektion Öffentliche Hand und Gebäude, Bundesamt für Energie

b) Zugrundeliegende Herausforderungen

Den Workshop-Teilnehmenden wurden folgende Herausforderungen vorgelegt:

- *Umwälzungen auf dem Wohnungsmarkt:* Neue Familien- und Haushaltsformen schaffen Bedürfnisse nach neuen Wohnformen, z.B. für SeniorInnen und Singles. Hier haben vor allem suburbane Gebiete einen Nachholbedarf.
- *Lenkung und Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums:* Das Ziel der haushälterischen Bodennutzung verlangt nach einer höheren Nutzungsdichte. Zur Deckung des zusätzlichen Flächenbedarfs für Wohnen und Arbeiten müssen deshalb bestehende Siedlungsflächen verdichtet und die Ausnützungsziffer neuer Siedlungen erhöht werden.

- *Energie- und klimaschonender Städte(um)bau*: Im Zeichen von Ressourcenknappheit bei höherer Energienachfrage sind neue Lösungen gefragt: energiesparende, integrierte Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklungen, Gebäudesanierungen und Ersatzneubauten sowie eine klimaverträgliche Energieversorgung.
- *Druck auf Freiräume*: Der Druck auf Erholungs- und Grünräume nimmt mit der intensiveren Nutzung der Siedlungsflächen und dem Wachstum der Bevölkerung in den Agglomerationen zu. Für den Erhalt der Lebensqualität braucht es trotz zunehmenden Nutzungskonflikten ausreichend attraktiven bewegungsfreundlichen öffentlichen Raum.
- *Umnutzung von Industriebrachen, Gewerbeflächen und ähnlichen Räumen*: Verdichtungs- und Umnutzungspotenziale müssen besser ausgeschöpft werden. Dies gilt ganz besonders für Siedlungsbrachen im Besitz der öffentlichen Hand, aber auch für ehemalige Industrieareale und Gewerbeflächen.

Zudem bestehen enge Verbindungen zu weiteren Herausforderungen, insbesondere im Bereich des Themenfelds „Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“:

- *Verdrängungseffekte und Segregation*: Migration und Bevölkerungswachstum führen in Zusammenhang mit der steigenden Attraktivität von Kernstädten zu höheren Mieten und begünstigen eine soziale Entmischung einzelner Quartiere, was zu sozialen Spannungen und Problemen führen kann.
- *Gesellschaftliche Spannungen und Ausländerintegration*: In urbanen Räumen manifestieren sich gesellschaftliche und kulturelle Spannungen besonders ausgeprägt. Ihre Ursachen sind vielschichtig, z.B. Migration, mangelnde Ausländerintegration und unterschiedliche Lebensformen.

c) Vertiefte Handlungsansätze

Handlungsansatz: Idee Schweiz / Wissen und Know-how fördern

Fragestellung: Wie können Zukunftsbilder kreiert werden? Mit welchen Instrumenten können lokale Akteure zur nachhaltigen Stadtplanung und Quartierentwicklung befähigt werden?

Diskussion:

Die Agglomerationspolitik verfügt auch im Bereich des nachhaltigen Städtebaus und Quartierentwicklung bzw. der Raum- und Städteplanung über verschiedene Instrumente. Es mangelt aber an einer gemeinsamen Vision des urbanen Raums sowie an der Befähigung der Behörden, nachhaltig zu planen und diese Planung zu realisieren, aber auch daran, solche Planungen in der Öffentlichkeit bekannt und verständlich zu machen.

Die **Raum- und Städteplaner** sehen sich heute innerhalb ihres Fachbereichs **gut vernetzt** und mit den notwendigen Instrumenten ausgerüstet. Kaum vorhanden sind heute enge Verbindungen über den Fachbereich und die verantwortlichen Behörden hinaus, z.B. mit den

staatlichen Behörden in anderen Politiksektoren. Insbesondere aber fehle der Kontakt zu den eigentlichen Adressaten eines nachhaltigen Städtebaus, nämlich der **Bevölkerung und der Privatwirtschaft**. Konkret sei ein gemeinsames, gesellschaftliches Zukunftsbild, eine gemeinsame Vision für das **Bild der urbanen Schweiz** bspw. für das Jahr 2050 notwendig, damit gezielt in diese Richtung gearbeitet werden könnte. Um dieses Bild zu kreieren, braucht es mehr als zusätzliche Berichte und Studien, es braucht **Visualisierungen** der Zukunft des urbanen Raums. Hier könnte die **TAK** eine Rolle spielen, in dem sie bspw. in Zusammenarbeit mit verwaltungsexternen Organisationen wie Pro Helvetia oder der SAFFA-Bürgerschaftsgenossenschaft⁴ einen **Ideenwettbewerb** lanciert. Denkbar wäre auch die Lancierung einer **Expo 2020** mit dem Thema „Schweiz 2050“, oder in kleinerem Rahmen eine **schweizerische Bauausstellung** nach dem deutschen Vorbild.

In eine ähnliche Richtung geht auch die Idee, erfolgreichen städtebaulichen und Quartierentwicklungsprojekten mehr Öffentlichkeit zu verschaffen, also den **Best Practice Beispielen ein Gesicht zu geben**. Hier leistet z.B. bereits heute die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung **VLP-ASPAN** wertvolle Arbeit.

Für die **Befähigung der Gemeindebehörden** existieren bereits heute verschiedene Tools. Gerade das BFE versucht hier auch im Bereich Energie Instrumente bereitzustellen. Beispiel sind hier die Anstrengungen zur Entwicklung in Richtung 2000 Watt Gesellschaft, wo eng mit Städten und Gemeinden zusammengearbeitet wird (www.energiestadt.ch). Auch das Programm EnergieSchweiz ist zu nennen, das in einem Teilprogramm mit 5 bis 8 Mio. CHF die nachhaltige Quartierentwicklung fördern will und dazu unter anderem ein Tool (SMEO)⁵ entwickelt, das momentan in der Pilotphase ist und den Städten und Gemeinden helfen soll, überhaupt zu definieren, was nachhaltige Stadt- und Quartierentwicklung überhaupt bedeutet.

Handlungsansatz: Bestehende Förderprogramme optimieren

Fragestellung: Wie lassen sich die bestehenden Förderprogramme im Bereich des nachhaltigen Städtebaus und Quartierentwicklung (BFE-Programme, Agglomerationsprogramme, Modellvorhaben, Projets urbain) optimieren, koordinieren und allenfalls bündeln, insbesondere im Hinblick auf die Freiraumentwicklung?

Diskussion:

Die existierenden Rumplanungsinstrumente sowie die reale Entwicklung führen zu einer fortschreitenden Zersiedelung. Innenverdichtung im urbanen Raum sind Ziele, die heute propagiert werden. Verdichtung ohne Qualität ist aber ebenfalls nicht erstrebenswert, weshalb die Freiraumentwicklung bzw. die Qualität der Freiräume von hoher Bedeutung ist. In diesem

⁴ www.saffa.ch

⁵ <http://www.nachhaltige-quartiere.ch/de/>; <http://www.nachhaltigequartierebysmeo.ch/>

Bereich der **Freiräume** sind allerdings die **Ziele und Ansätze der Bundespolitiken** teilweise widersprüchlich und sollten daher **besser koordiniert** werden.

Im Rahmen der bestehenden Instrumente und deren Optimierung bieten sich zwei konkrete Möglichkeiten an:

- **Modellvorhaben:** Die Modellvorhaben können die **Freiraumentwicklung** stärker als Thema aufgreifen. Anzustreben wären auch Modellvorhaben mit Einbezug des BFE für **Ecoquartiers** in bestehenden Siedlungsgebieten. Die Erfahrungen dieser Modellvorhaben könnte auch genutzt werden, um die Ausweitung der AP V+S auf den Freiraum vorzubereiten (vgl. nächster Punkt).
- **Ausweitung der AP V+S auf den Freiraum:** Mit dem Einbezug der Freiräume in die Agglomerationen könnte einerseits in diesem Gefäss die Gestaltung der bestehenden Freiräume und andererseits spezifische Massnahmen in der Siedlungsentwicklung finanziert werden. Als wichtiges Element in der Finanzierung könnte die Mehrwertabschöpfung auch für die Unterstützung der Innenentwicklung eingesetzt werden.

Die **Rollenverteilung** in Bezug auf die AP und Modellvorhaben könnte wie folgt aussehen:

- **Bund:** Übernimmt die Federführung und bietet fachlichen Support und Begleitung, insbesondere auch bei der Entwicklung der notwendigen Zukunftsbilder der Agglomerationen, welche für viele Städte/Gemeinden zu komplex sind.
- **Kantone und Städte/Gemeinden:** Initiieren Projekte und helfen bei der Konzeption der Förderprogramme.
- **TAK:** Die TAK spielt bei der operativen Durchführung keine aktive Rolle. Die Aktivitäten zu Auswertung, Erfahrungsaustausch und Valorisierung der Projekte könnten aber über die TAK laufen.

Handlungsansatz: Anpassung der Kompetenzen und Gesetzesgrundlagen

Fragestellung: Die heutigen Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten in der Raumplanung erschweren den nachhaltigen Städtebau und Quartierentwicklung. Wie könnten die Gesetzesgrundlagen und bestehende Instrumente optimiert werden?

Diskussion:

Zentral für die nachhaltige Siedlungsentwicklung ist die **regionale bzw. überkommunale Abstimmung**, z.B. die Schaffung von regionalen Arbeitszonen. Um eine gemeinsame regionale Planung effektiv zu erreichen, fehlen heute die entsprechenden Kompetenzen bzw. sie sind auf der Ebene der Gemeinden angesiedelt und regionale Planung wird durch die fest verankerte **Gemeindeautonomie** potenziell verhindert. Ausserdem fehlt gerade auf der Gemeindeebene häufig das Know-how. Daran haben auch die AP V+S oder bspw. die RGSK (Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte) im Kanton Bern nicht grundsätzlich etwas verändert.

Um hier eine Verbesserung zu erreichen werden drei Richtungen vorgeschlagen:

- **AP V+S ausweiten:** Die Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung könnten thematisch ausgeweitet werden und zwar mit Themen der Freiraumentwicklung und Biodiversität. Diese müssen aber gut in die bestehenden Raumplanungsinstrumente eingebettet und darauf geachtet werden, dass nicht weiterhin der Verkehr zu den Siedlungen gebracht wird, sondern umgekehrt.
- **Anforderungen des Bundes an Richtpläne:** Der Bund sollte im Rahmen des RPG (also mit den klassischen Instrumenten) Anforderungen an die kantonalen Richtpläne stellen. Diese sollten einerseits Vorgaben zur Dichte, Qualität und zum Freiraum enthalten. Andererseits muss auch die regionale Koordination stärker verankert und gefordert werden. Im RPG ist eine regionale Siedlungsstrategie vorzugeben.
- **Prüfung neuer kantonalen und kommunaler Instrumente**

d) Weitere Handlungsansätze und Anregungen

- **NFP 65 „Neue urbane Qualität“**
- **Spannungsfeld Verdichtung vs. Siedlungs-/Freiraumqualität:** In der Politik werden häufig höhere Ausnützungsziffern als zentrales Instrument zur Verdichtung nach Innen gefordert. Dabei geht aber der Aspekt der Siedlungsqualität etwas verloren. Der Qualitätsgedanke muss am Anfang der Siedlungsplanung stehen, diese im Nachhinein zu erreichen, hat sich als äusserst schwierig erwiesen.
- **Befähigung zum nachhaltigen Städtebau und Quartierentwicklung:** Es ist richtig, qualitativ hochstehende Planung zu verlangen. In der Realität sind damit aber insbesondere die Gemeinden überfordert. Bund und Kantone sind daher gefordert, fachliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
- **Verdichtungspotenzial abklären:** Verdichtung wird als Mittel gegen die Zersiedelung gepriesen. Dabei ist gar nicht klar, wie hoch heute die Potenziale zur Verdichtung überhaupt sind, unter Berücksichtigung der notwendigen Qualität. Dichte an sich ist kein Wert, weder gut noch schlecht.
- **Flächensicherung:** Die Freiflächen zu sichern, ist für die zukünftigen Generationen absolut zentral. Wir laufen Gefahr, hier die kommenden Generationen zu stark einzuschränken. Das gilt auch aus dem Aspekt des Energieverbrauchs. Man könnte Gemeinden bestrafen, welche Siedlungen an energetisch schlechten Orten entstehen lassen.
- **Eigentumsproblematik:** Eigentum verpflichtet (bisher) nicht zu einem Beitrag zum Gemeinwohl. Die Partikularinteressen der Gebäude- und Landbesitzer verhindert teilweise sinnvolle Planungen. Es gibt aber keine Mittel, das Eigentumsrecht im Sinne des Gemeinwohls zu flexibilisieren.

e) Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen am Hearing vom 29. August 2012

Gemäss den bisherigen Arbeiten steht insbesondere die **Fortführung und Verstärkung der Impulsprogramme und Modellvorhaben** mit städtebaulichen Schwerpunkten im Vorder-

grund. Dabei sind thematische Verknüpfungen mit anderen Themenfeldern der Agglomerationspolitik, v.a. der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Abstimmung von Siedlung und Verkehr sowie der Stärkung der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Agglomerationen zu berücksichtigen.

Am Hearing vom 29. August 2012 wurden die möglichen Handlungsansätze wie folgt diskutiert:

- **Informelle Ansätze** spielen für den nachhaltigen Städtebau und die Quartierentwicklung in den Agglomerationen eine wichtige Rolle. Hier geht es insbesondere um den gesellschaftlichen Dialog, damit trotz Verdichtung die Qualität der Siedlungen erhalten bleibt. Auch Best Practice Beispiele oder Leitfäden für Eigentümer und Gemeinden können einen Beitrag leisten.
- Die Hearing-Teilnehmer vertraten weitgehend die Auffassung, die **Schaffung neuer Gremien** sei in diesem Bereich **kein Thema**. Allenfalls würde sich eine thematische Erweiterung der TAK anbieten.
- Im Bereich der **Bundes- und kantonalen Kompetenzen** besteht die Meinung, dass mit der Revision des RPG ein wesentlicher Fortschritt erzielt werden konnte, sofern denn die Mehrwertabschöpfung auch konsequent umgesetzt wird. Möglicherweise seien auch weitere, neue Massnahmen zum Schutz des Bodens zu prüfen; z.B. die Erlaubnis höherer Ausnutzungsziffern geknüpft an den Nachweis bestimmter Qualitätsanforderungen. Zudem wäre eine Klärung oder Neuordnung von Kompetenzen vorzunehmen: genannt wurde bspw. die Bauzonenzuscheidung oder die Verschiebung gewisser Kompetenzen von den Gemeinden zu den Kantonen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass im Zusammenspiel mit Normen wie der Umweltschutzgesetzgebung und der Lärmschutzverordnung teilweise die Verdichtung behindernde Zielkonflikte bestehen, die in einer Sektor übergreifenden Analyse abgewogen werden müssten.
- Im Bereich von **Förderinstrumenten** wurden folgende möglichen Handlungsansätze genannt: Leistungen an ein Freiraumkonzept, Beiträge an die „Leistungen des Freiraums“, Wettbewerbe fördern; Beiträge aus dem Fonds Landschaft Schweiz; Projets urbains und Modellvorhaben verstärkt auf die Siedlungsverdichtung ausrichten resp. ausdehnen; finanzielle Beiträge für qualitätssichernde Verfahren. Es wurde aber auch diskutiert, bestehende Fördergelder zu überprüfen und besser auf die nachhaltige Stadtentwicklung auszurichten; zum Beispiel beim Förderprogramm im Rahmen der Energiestrategie 2050 die graue Energie oder die Lage der Minergie Häuser besser in die Abgeltungskriterien zu integrieren, um dem Aspekt der Mobilität besser Geltung zu verschaffen.
- Als möglicher Ansatz wurde die **Erweiterung der Agglomerationsprogramme** Siedlung und Verkehr eingeschätzt. Ein stärkeres Gewicht von Freiraummassnahmen in den Agglomerationsprogrammen sei aber nur dann angebracht, wenn auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt würden.

2.2 Themenfeld D: Stärkung des Gesellschaftlichen Zusammenhalts

Datum: 10. Januar 2013, 8:45 bis 12:00

a) Teilnehmende

Name	Vorname	Organisation/Funktion
Deuel	Claudio	Délégué à la jeunesse, Ville de Genève
Gerber	Adrian	Chef der Abteilung Integration, Bundesamt für Migration
Giarraputo	Ramona	Leiterin des Kompetenzzentrums Integration und Gleichstellung, Kanton St. Gallen
Gimmel	Jonathan	alt Gemeinderat, Worb
Gysin	Nicole	Stv. Leiterin Bereich Innenpolitik, Konferenz der Kantonsregierungen
Kessler	Thomas	Leiter Kantons- und Stadtentwicklung, Kanton Basel-Stadt
Meier	Ruedi	alt Stadtrat, Stadt Luzern
Meier	Christof	Leiter Integrationsförderung, Stadt Zürich
Oetliker	Sybille	Leiterin Gesellschafts- und Finanzpolitik, Schweizerischer Städteverband
Peter	Colette	Leiterin Institut für Soziokulturelle Entwicklung, Fachhochschule Luzern, Soziale Arbeit
Schuppli	Florian	Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sektion Agglomerationspolitik, Bundesamt für Raumentwicklung
Sfar	Doris	Leiterin Bereich Grundlagen und Information, Bundesamt für Wohnungswesen
Unteregger	Regula	Amtsvorsteherin Sozialamt, Kanton Bern

b) Zugrundeliegende Herausforderungen

Den Workshop-Teilnehmenden wurden folgende Herausforderungen vorgelegt:

- *Gesellschaftliche Spannungen und Ausländerintegration:* In urbanen Räumen manifestieren sich gesellschaftliche und kulturelle Spannungen besonders ausgeprägt. Ihre Ursachen sind vielschichtig, z.B. Migration, mangelnde Ausländerintegration und unterschiedliche Lebensformen.
- *Verdrängungseffekte und Segregation:* Migration und Bevölkerungswachstum führen in Zusammenhang mit der steigenden Attraktivität von Kernstädten zu höheren Mieten und begünstigen eine soziale Entmischung einzelner Quartiere, was zu sozialen Spannungen und Problemen führen kann.

Zudem bestehen enge Verbindungen zu weiteren Herausforderungen, insbesondere im Bereich des Themenfelds „Nachhaltiger Städtebau und Quartierentwicklung“ und dem Thema der inneren Verdichtung:

- *Umwälzungen auf dem Wohnungsmarkt:* Neue Familien- und Haushaltsformen schaffen Bedürfnisse nach neuen Wohnformen, z.B. für SeniorInnen und Singles. Hier haben vor allem suburbane Gebiete einen Nachholbedarf.
- *Lenkung und Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums:* Das Ziel der haushälterischen Bodennutzung verlangt nach einer höheren Nutzungsdichte. Zur Deckung des zusätzlichen Flächenbedarfs für Wohnen und Arbeiten müssen deshalb bestehende Siedlungsflächen verdichtet und die Ausnutzungsziffer neuer Siedlungen erhöht werden.
- *Energie- und klimaschonender Städte(um)bau:* Im Zeichen von Ressourcenknappheit bei höherer Energienachfrage sind neue Lösungen gefragt: energiesparende, integrierte Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklungen, Gebäudesanierungen und Ersatzneubauten sowie eine klimaverträgliche Energieversorgung.

Druck auf Freiräume: Der Druck auf Erholungs- und Grünräume nimmt mit der intensiveren Nutzung der Siedlungsflächen und dem Wachstum der Bevölkerung in den Agglomerationen zu. Für den Erhalt der Lebensqualität braucht es trotz zunehmenden Nutzungskonflikten ausreichend attraktiven bewegungsfreundlichen öffentlichen Raum.

c) Vertiefte Handlungsansätze

Handlungsansatz: Projets futur

Fragestellung: Angesichts des Erfolgs der Projets urbain und der Modellvorhaben sollten „Projets futur“ lanciert werden, die gezielt Zukunftsthemen aufnehmen, Lücken schliessen und damit Mehrwert schaffen. Welches sind die wichtigen Zukunftsthemen? Welche Lücken bestehen? Wie sollten die Projets urbain ausgestaltet werden?

Diskussion:

Aus Sicht des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind zwei **Themen** besonders bedeutend, welche die Projets futur aufnehmen sollten:

- **Zivilgesellschaftliches Engagement:** Partizipation/Teilhabe am öffentlichen Leben und zivilgesellschaftliches Engagement (ZE) liegt im Zentrum der Tradition schweizerischer Demokratie. Zum ZE zählen formelle Mitwirkung in demokratischen Verfahren ebenso wie das Engagement in Vereinen oder (andere Formen von) Freiwilligenarbeit. Das ZE ist aber gerade in der Stadt erschwert, einerseits wegen der professionalisierten Verwaltung, welche tendenziell das informelle ZE verdrängt resp. gar nicht verlangt, und andererseits wegen des hohen Anteils ausländischer Wohnbevölkerung, welcher die formelle Teilhabe verwehrt ist. Damit besteht insgesamt ein formelles und informelles **Demokratiedefizit**, welches die Grundwerte der Schweizer Demokratie in Frage stellt. Es ist deshalb wichtig, dass künftig die notwendigen Freiräume geschaffen werden, um Partizipation zu ermöglichen. Dies kann bspw. im Rahmen der vielen (Stadt-)Planungsprozesse erfolgen, umfasst aber grundsätzlich alle Themenfelder.

- **Sozialverträglicher Städteumbau:** Aus verschiedenen Gründen heraus sind grosse Wandlungsprozesse in den Agglomerationen im Gang. Es ist eine der grossen Herausforderungen, diesen Wandel sozialverträglich zu gestalten.

Der **TAK** könnte im Hinblick auf die Projets futur in zweifacher Sicht eine wichtige Rolle zukommen:

- **Stärkung des Wir-Gefühls:** Die TAK kann Grundlagen dazu bereit stellen, wie das ZE und der sozialverträgliche Städteumbau gefördert werden könnten und entsprechenden Empfehlungen formulieren, welche wiederum als Basis für Ziele und Inhalte der Projets futur dienen können.
- **Lobby für Verbesserung der Wissensbasis und Datenlage:** Die TAK sollte sich einerseits beim BFS für eine verbesserte Datenlage in den öffentlichen Statistiken einsetzen (über das Monitoring urbaner Raum hinaus), welche die Lebenswirklichkeit in den Agglomerationen besser widerspiegelt. Andererseits ist es notwendig, die aktuellen Veränderungsprozesse im urbanen Raum begleitend zu erforschen, um ein besseres Verständnis zu erlangen und entsprechende politische Massnahmen ableiten zu können. Eine Möglichkeit wäre, am NFP 54 «Nachhaltige Siedlungsentwicklung» anzuschliessen und stärker Aspekte des ZE und des sozialverträglichen Städteumbaus zu thematisieren.

Die **Rollenverteilung** bei den Projets futur sollte sich wie folgt gestalten:

- Bund: Finanzierung der Projets, fachliche Kompetenzen und Animator
- Kantone: kein Zwang zur Mitfinanzierung, da ansonsten die Gefahr besteht, Projekte abzuwürgen

Insbesondere ist **Flexibilität** bedeutend: Es sollten insbesondere keine föderalen Einschränkungen **bei der Trägerschaft** vorgesehen werden, d.h. auch Quartiervereine, Private oder Agglomerationen sollten Projets futur einreichen können. Selbstverständlich sollen die Projets futur aber gewissen Anforderungen genügen (Beitrag zur Zielerreichung; Erkenntnisgewinn und Verbreitung; Effektiver Bedarf).

Handlungsansatz: Sicherung und Erweiterung der Projets urbains

Fragestellung: Wie können sinnvolle und innovationsfördernde Ansätze weiterhin gefördert werden, wie dies z.B. durch die Projets urbains geschieht? Gedacht wird an innovative Projekte der Quartierentwicklung unter Einbezug von gesellschaftlichen Aspekten.

Diskussion:

Die Projets urbains sind ein sinnvoller Ansatz, um innovative Ideen im vorliegenden Themenfeld zu fördern. Deren rechtliche Grundlage sollte verbessert werden, so dass sie weitergeführt werden könnten. Weiter ist deren Finanzierung zu sichern und zu erhöhen. Die entspre-

chende geplante Änderung des Raumplanungsgesetzes, die als indirekte Änderung im Rahmen einer Änderung des Ausländergesetzes vorgesehen ist, bildet eine wichtige Möglichkeit, hier einen Schritt voran zu kommen.

Die Ideen gemäss dem obenstehenden Ansatz (projets futur) könnten auch im Gefäss der projets urbains, resp. auf der Grundlage der eben erwähnten Gesetzesänderung realisiert werden.

Handlungsansatz: Finanzielles Förderprogramm („Subventionsprogramm“)

Fragestellung: Der Bund hat mit den verschiedenen Impulsprogrammen und Anschubfinanzierungen eine enorme Dynamik ausgelöst. Sobald aber die Anstossfinanzierung ausläuft stehen die geschaffenen Strukturen und Projekte vor finanziellen Herausforderungen und laufen Gefahr, aus Spargründen wieder gestrichen zu werden. Wie können die Impulsprogramme in eine ständige finanzielle und fachliche Unterstützung überführt werden? Wie viele finanzielle Mittel sind dafür notwendig? Wofür sollen diese eingesetzt werden? Wie soll diese nachhaltige Finanzierung gestaltet werden?

Diskussion:

Es stehen zwei Bereiche im Vordergrund:

- Finanzielle Förderung von wichtigen, bisher (aus Sicht der Gemeinden und Kantone) zu wenig geförderten Aufgaben, auch wenn diese einen stark kommunalen Charakter haben
 - Bereich Frühförderung
 - Bereich Wohnbausanierungen bzw. Wohnbaupolitik
 - evtl. weitere

Diese Bereiche werden durch bestehende Förderinstrumente nicht (genügend) abgedeckt. Beispielsweise decken die neuen Programmvereinbarungen im Bereich Integration (Bundesamt für Migration) den Bereich der Frühförderung nicht ab.

- Förderung von **überkommunalen Projekten mit einem integralen Ansatz** ähnlich wie bei den AP V+S (mögliche Beispiele: überkommunale Jugendarbeit oder Suchtprävention). Wichtig ist, dass nicht (nur) Prozesse und die Initialisierung von Vorhaben, sondern effektives Handeln gefördert wird.

Von der **Rollenverteilung** her ist dies eine Verbundaufgabe, die einzelnen Projekte werden tripartit angegangen bzw. sollen nur Projekte gefördert werden, die im gesamten Agglomerationsraum wirken und nicht nur in den Kernstädten. Es könnten Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen mit Einbezug der Gemeinden abgeschlossen werden:

- **Bund:** Leitet den Prozess, gibt den Anstoss und finanziert mit
- **Kantone:** finanzieren mit
- **Gemeinden:** sind Träger und Initianten und finanzieren mit

Für die **Finanzierung** dieses Subventionsprogramms bestehen folgende Ideen:

- Abschaffung Pendlerabzug (Behebung Fehlanreiz)
- (Wohn-)Investoren, die selbst auch stark von den Massnahmen profitieren
- Wichtig ist insbesondere, dass eine permanente Finanzierung geschaffen wird.

d) Weitere Handlungsansätze und Anregungen

Zu den bisherige Aktivitäten:

- **TAK-Integrationsdialog:** Dieser ist eine der wichtigen bisherigen Aktivitäten mit den drei Elementen: Arbeitsintegration (2012), Frühförderung (2013), Soziale Integration (2014).
- **Aktivitäten im Rahmen der Sozialversicherungen, Bundesprogramm zur Armutsbekämpfung**
- **Programmvereinbarungen BFM:** Ab 1. Januar 2014 werden Bund und Kantone die spezifische Integrationsförderung im Rahmen von kantonalen Integrationsprogrammen (KIP) regeln.

Generelle Hinweise, u.a. zu den Herausforderungen

- **Soziale Entmischung:** Die Problematik liegt aktuell nicht in der sozialen Entmischung. Statistisch gesehen hat die Durchmischung der Städte sogar zugenommen. Vielmehr gibt es ein Problem, auch in der Stadt günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen zu können (sozialverträglicher Städteumbau).
- **Handlungsebene:** Über die Gemeindegrenzen hinaus zu denken und handeln ist wichtig; aber es gibt aber auch Fragestellungen, die nur eine Gemeinde betreffen, oder sogar nur ein Quartier innerhalb der Gemeinde.
- **Ähnliche Problemlage - ähnliche Lösungsansätze:** Quartiere mit spezifischer Problemlage kann man typisieren, sie haben ähnliche Fragestellungen. Entsprechend gibt es auch ähnliche Lösungen.
- **Spannungsfeld zwischen Trägern im funktionalen Raum und traditionellen Staatsebenen:** Die Fragestellungen im Bereich gesellschaftliche Zusammenhalt sind oft räumlich und institutionell auf Gemeindeebene angesiedelt. Es stellt sich aber dennoch die Frage, wie man über Gemeindegrenzen hinaus Strategien entwickeln kann, obwohl die Politiker/innen immer noch auf Gemeindeebene gewählt werden. Die Themen der Zusammenarbeit müssen von unten her wachsen. Es geht um Solidarität, zwischen den Gemeinden aber auch zwischen den Ebenen.

Zu Handlungsansätzen

- **Mainstreaming:** Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist für alle anderen Themenbereiche wichtig und sollte deshalb auch überall mit einfließen.

- **Nachhaltigkeit der Anstossfinanzierungen:** Impulsprogramme wie z.B. die Projets urbains sind wichtig, es ist anzustreben, dass die ausgelösten Aktivitäten langfristig Bestand haben.
- **Aktualität:** Aufgrund der verschiedenen politischen Initiativen z.B. zur Migration (Ecopop etc.) haben Themen des gesellschaftlichen Zusammenhalts momentan ein grosses Fenster in der Politik. Dieses gilt es zu nutzen, um notwendige gesellschaftliche Diskussion zur Zukunft der urbanen Schweiz zu führen.

e) Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen am Hearing vom 29. August 2012

Aufgrund der bisherigen Arbeiten sind insbesondere die folgenden Handlungsansätze für die Strategie zu prüfen:

- Erfahrungsaustausch und Impulsprogramme
- Weiterführung der bisherigen (auf die gesamte Schweiz ausgerichteten) Aktivitäten, die sich in den Agglomeration stark auswirken
- thematische Verknüpfungen (insbesondere mit dem Themenfeld „Nachhaltiger Städtebau“, aber auch mit den Themenfeldern „Stärkung der Standortattraktivität“ und der „Abstimmung von Siedlung und Verkehr“)

2.3 Themenfeld E: Stärkung der Standortattraktivität, der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovationskraft und Positionierung der Agglomerationen

Datum: 15. Januar 2013, 13:45 bis 17:00

a) Teilnehmende

Name	Vorname	Organisation/Funktion
Abegg	Christof	Studienautor Konzeptpapier, Ernst Basler und Partner
Bulliard	Patrice	Chef du service de l'urbanisme, Ville de Lausanne
König	Ueli	Direktor, Gemeindeverband
Lüthi	Stefan	Vertreter ARE (ehemaliger Mitarbeiter, jetzt mandatiert), Brugger Consulting
Muheim	Gustave	syndic, Belmont sur Lausanne
Neidhart	Bernhard	Leiter Amt für Wirtschaft und Arbeit Kanton Zug
Notter	Markus	alt Regierungsrat Kanton Zürich
Odermatt	Pius	Fachexperte Wirtschaftspolitik, beco, Berner Wirtschaft
Probst Outzin-out	Raphaëlle	cheffe de projet, service de l'urbanisme, Ville de Nyon
Winkelmann	Christine	Projektleitung WAP, Konferenz der Kantonsregierungen
Woeffray	Bernard	Chef du service de l'urbanisme, Ville de Nyon
Zatti	Danièle	Leiterin Stabstelle Standortentwicklung, Kanton Aargau

b) Zugrundeliegende Herausforderungen

Den Workshop-Teilnehmenden wurden folgende Herausforderungen vorgelegt:

- *Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft:* Die Agglomerationen, insbesondere die Metropolitanräume, sind die wirtschaftlichen Motoren der Schweiz. Sie müssen in Anbetracht des zunehmenden internationalen Wettbewerbsdrucks ihre Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit national und international verbessern. Für die zukünftige Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Agglomerationsräume braucht es längerfristige Visionen, welche die limitierten Möglichkeit der Gestaltung des äusseren Umfelds nutzen und auf die gezielte Förderung von Bildung, Forschung und Innovationsfähigkeit und die Chancen zur Nischenprofilierung (z.B. von bildungs- und kapitalintensiven Produkten und Dienstleistungen) setzen.
- *Globale Positionierung grossstädtisch geprägter Räume:* Grossstädtisch geprägte Handlungsräume (Metropolitanräume und Hauptstadtregion Schweiz) müssen sich dem internationalen Standortwettbewerb stellen, ihre Positionierung (z.B. Bildungs- und Forschungspolitik, Migrationspolitik, Verkehrs-/Gatewaypolitik, Steuerpolitik und branchenspezifische Regulierungen) laufend überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

c) Diskussionsinput

Die Empfehlungen gemäss **EBP-„Konzeptpapier zur Stärkung der wirtschaftlichen Dimension in der Agglomerationspolitik“** werden mehrheitlich als zielführend betrachtet. Insbesondere wird die Empfehlung geteilt, dass in der Wirtschaftspolitik keine neuen Instrumente nötig sind, und dass für viele Fragen auch andere Handlungsräume, insbesondere die grossstädtisch geprägten Handlungsräume (Metropolitanräume und Hauptstadtregion) die richtigen funktionalen Räume sind.

Die Empfehlungen des Berichts wurden entlang der **5 Achsen** zur Weiterentwicklung der **Agglomerationspolitik gegliedert:**

- Achse 1: Bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse des urbanen Raums in der Tätigkeit des Bundes

Die Achse 1 „Bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse des urbanen Raums in der Tätigkeit des Bundes“ besitzt aufgrund ihrer querschnittsorientierten Konzeption ein beträchtliches, bislang kaum genutztes Potenzial, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Agglomerationen zu stärken.

- Achse 2: Verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Städten

Neben den bereits etablierten Themen können Fragen der Wettbewerbsfähigkeit bzw. der Standortentwicklung tripartit aufgegriffen und vertieft werden. Die TAK kann bei der Weiterentwicklung der Institutionalisierung in den Agglomerationen weiterhin eine zentrale Impulsfunktion wahrnehmen.

- Achse 3a: Bessere horizontale Zusammenarbeit – Modellvorhaben

Das Instrument der Modellvorhaben besitzt eine hohe Flexibilität, die stärker für wirtschaftliche Themen genutzt werden kann. Dazu sollten gezielt Themenschwerpunkte definiert werden. Für jedes Modellvorhaben werden vor Projektstart in Absprache zwischen Projektträgern und Bundesämtern operationalisierte Ziele festgehalten. Mögliche Themenschwerpunkte für die Modellvorhaben könnten etwa sein:

- Interkommunale Prozesse zum Management von Entwicklungsgebieten (Gebietsmanagement)
- Entwicklung von Forschungs- und Bildungsstandorten
- Schaffung und Unterstützung von regionalen Wissensnetzwerken
- Prüfung von vertieften Kooperationen / Fusionen in Agglomerationen

- Achse 3b: Bessere horizontale Zusammenarbeit – Agglomerationsprogramme

Durch die konsequente Stärkung einer wirtschaftlichen Perspektive können innerhalb des bestehenden Instrumentes noch bedeutsame Potenziale zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden.

- **Achse 4: Verstärkte Einbindung der Agglomerationen ins europäische Städtenetz**
Das Potenzial zur Stärkung der wirtschaftlichen Dimension durch internationale Netzwerke ist bescheiden. In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Interreg) kann noch verstärkt versucht werden, wirtschaftsbezogene Themen auf die Agenda zu bringen und wirtschaftsnahe Projekte anzuregen, auch wenn dies weitgehend unabhängig von der Agglomerationspolitik erfolgt.
- **Achse 5: Informationsvermittlung, Sensibilisierung und Erfahrungsaustausch**
Der Erfahrungsaustausch zwischen den Agglomerationen ist weiter zu pflegen und zu verstärken. ERFA-Veranstaltungen mit dem Themenfokus „Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit“ können eine Plattform bieten für eine gemischte Teilnehmerschaft mit Vertretern und Vertreterinnen aus der Verwaltung (Planung und Wirtschaftsförderung), von nationalen (Wirtschafts-)Verbänden und der Privatwirtschaft.

d) Vertiefte Handlungsansätze

Handlungsansatz: Bündelung der Agglomerationspolitik auf Bundesebene

Fragestellung: Wie kann sichergestellt werden, dass der Bund eine kohärente Agglomerationspolitik verfolgt? Gibt es Wege und Möglichkeiten, die Vielzahl von Förderinstrumenten (NRP-Projekte, Beiträge aus Infrastrukturfonds an Agglomerationsverkehr, Projets urbains, Modellvorhaben für den ländlichen Raum, Innotour, BLW-Projekte (PRE) zur regionalen Entwicklung usw.) zu verkleinern? Welche Instrumente sollten wie gebündelt werden?

Diskussion:

Der Bund versucht mit verschiedenen Politiken die **Wettbewerbsfähigkeit** unterschiedlicher Regionen zu fördern. Wichtig sind hierbei insbesondere die Projekte im Rahmen der **NRP** und die **verschiedenen Instrumente der Agglomerationspolitik**, welche spezifischer auf die Zentren und Agglomerationen ausgerichtet sind. Insgesamt ist eine Vielzahl von Instrumenten und Projekten zu verzeichnen, welche **je auf Teilbereiche ausgerichtet** sind und damit eine Gesamtsicht erschweren. Ausserdem wird den beteiligten Akteuren auch durch die Vielzahl der verschiedenen Instrumente die **Gesamtsteuerung erschwert**.

Daraus ergeben sich zwei Ansätze bei den bestehenden Instrumenten:

- **Gesamtheitliche Raumentwicklungs-Förderung:** Die NRP sollte auf alle Agglomerationen erweitert werden (bisher sind die fünf grossen Agglomerationen ausgeschlossen) und auch die Modellvorhaben und Projets urbains miteinbinden, womit auch die Wirtschaftsthemen gestärkt werden könnten. Langfristig sollte im Rahmen dieser Raumentwicklungs politik ein „guichet unique“ gebildet werden. Kurzfristig sollten aber die bestehenden In-

strumente fortgesetzt und weiterhin finanziert werden. Bei dieser allumfassenden Raumentwicklungsförderung besteht allerdings die Gefahr, dass in der politischen Diskussion um die Mittelverteilung Stadt/Land-Konflikte in Erscheinung treten.

- **Gesamtsicht:** Der Bund sollte von den Agglomerationen im Rahmen seiner Förderung verstärkt eine Gesamtsicht (integrale Planung, unter Einbezug wirtschaftlicher Fragen) verlangen. Diese Gesamtsicht kann insbesondere bei den AP V+S eingefordert werden, könnte aber auch Voraussetzung für weitere Beiträge sein (z.B. NRP). Wichtig ist dabei, dass Zukunftsbilder entwickelt werden, die sich auf den „richtigen“ Perimeter beziehen, welcher teilweise nicht mit den heutigen Agglomerationsprogrammen und den dort verlangten „Zukunftsbildern“ übereinstimmt.

Die **Rollenteilung** zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden und Agglomerationen wird dabei wie folgt gesehen:

- Förderung. Bund
- Koordination: Bund und Kantone
- Projekte einreichen: Kantone, Städte und Gemeinden, sowie Agglomerationen

Handlungsansatz: Gebündelte Gesamtstrategie je Agglomeration unter Einschluss von Wirtschafts- und Standortfragen

Fragestellung: Wie kann in den einzelnen Agglomerationen erreicht werden, dass eine gesamtheitliche Zukunftsvision resp. –planung unter Einbezug wirtschaftspolitischer Themen erreicht wird, und hierfür über die verschiedenen Gemeindegrenzen und über die verschiedenen Sektoralpolitiken hinweg zusammengearbeitet wird?

Diskussion:

Die bisherigen Planungen in Agglomerationen sind oftmals entweder stark auf Siedlungsplanung fokussiert oder dann wie viele AP V+S auf Verkehr fokussiert, hingegen fehlt oftmals die wirtschaftspolitische Dimension. Dies gilt auch für die sog. „Zukunftsbilder“, die in der 2. Generation der AP V+S verlangt wurden.

Die Agglomeration als funktionaler Raum existiert heute insbesondere in der Wirtschaftspolitik und der Standortförderung erst als **Problemraum und nicht als Lösungsraum**. D.h. es gibt verschiedene Herausforderungen, welche die Agglomeration als Ganzes betreffen, aber noch (zu) wenig gemeinsames Handeln in diesem Raum. Dies betrifft einerseits die grossen Metropolitanräume, aber auch die kleineren und mittleren Agglomerationen.

Um zu einem Lösungsraum zu werden, bedarf es der **Formulierung einer gemeinsamen Strategie in der Agglomeration** (auch bezüglich Wirtschaft), die ausgehend von den gemeinsamen Interessen und Bedürfnissen bestimmt, wie die gemeinsamen Probleme gemeinsam gelöst werden können.

Gerade im Bereich der Standortförderung gilt, dass die Firmen im funktionalen Raum bedient werden wollen, bzw. dass für eine Firma die Agglomeration als Ganzes ein Standort ist. Deshalb müssen auch alle Akteure eines funktionalen Raums in der Standortförderung zusammen arbeiten. Die **Zusammenarbeit im funktionalen Raum** stösst dabei auf zwei unterschiedliche Herausforderungen:

- Administrative (Gemeinde- und kantonale) **Grenzen**
- **Fehlendes Verständnis** dafür, dass von Firmenansiedlungen die ganze Grossregion profitiert

Daher müsste jede Agglomeration zwei Ansätze verfolgen:

- **Zukunftsbilder je Agglomeration:** entwickeln gemeinsamer Zukunftsbilder zur Identitätsstiftung
- **Entscheidungsstrukturen:** Es braucht Akteure (Trägerschaften) in der Agglomeration, welche die Kommunikation zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften gewährleisten und eine gemeinsame Strategie entwickeln können, welche dann durch die klassischen Strukturen umgesetzt werden. Um dies anzureizen, waren die Agglomerationsprogramme bisher ein erfolgreiches Instrument.

e) Weitere Handlungsansätze und Anregungen

- **Berücksichtigung der Adressaten und Stakeholder:** Die Agglomerationspolitik ist heute zu weit weg von den eigentlichen Adressaten der Politik. Dies gilt gerade im Bereich der Wirtschaftsförderung, wo es eigentlich um die Firmen geht. Diese sollten stärker einbezogen werden.
- **Spannungsfeld Gesamtstrategie vs. individuelle Bedürfnisse der Agglomerationen:** Einerseits wird eine kohärente Gesamtstrategie (des Bundes) gefordert, andererseits wird aber betont, dass jede Agglomeration über eigene Interessen und Bedürfnisse verfügt und deshalb, das „alles in einen Topf werfen“ nicht funktioniert. Ein solcher Gegensatz wird auch bei den Förderinstrumenten konstatiert: Eine Bündelung oder Zusammenführung ist einerseits wünschbar, andererseits sind die Förderziele und Projekttypen aber u.U. doch sehr verschieden.
- **Spannungsfeld NFA vs. Tripartitisierung:** Mit der NFA hat man eine klare Trennung der Aufgaben geschaffen, mit der „Tripartisierung“ drohe wieder eine Vermischung der Zuständigkeiten. Andererseits soll die tripartite Zusammenarbeit auch ein Standard sein.
- **Spannungsfeld umfassende Raumentwicklungspolitik vs. Hierarchien der Räume:** Muss der Bund für jeden Raum eine Politik haben oder sollte er sich nicht viel mehr auf die für die wirtschaftliche Entwicklung im übergeordneten Sinn (Gesamtschweiz) resp. auf strategisch zentrale Räume konzentrieren?

f) Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen am Hearing vom 29. August 2012

Aufgrund der bisherigen Arbeiten sind zusammengefasst die folgenden Handlungsansätze für die Strategie zu prüfen:

- Impulsprogramm zur wirtschaftlichen Positionierung (analog zu Modellvorhaben)
- Verbesserung der Rahmenbedingungen und Klärung des Verhältnisses zur Regionalpolitik und zur Bildungspolitik

Konkret wurden am Hearing folgende Ideen vorgebracht:

- Auf informeller Ebene bestehe ein nationaler Koordinationsbedarf der Standortförderung resp. Wirtschaftsförderung angesichts der entstehenden Kantonsverbünde (Greater Zurich Area, Greater Geneva Berne Area) und der Metropolitanregionen
- Das Netzwerk mit der Wirtschaft sei zu stärken bspw. in den Themen Steuern, Arbeitsbewilligungen/Kontingente. Ob hier ein Koordinationsbedarf zwischen den Agglomerationen bestehe, ist unklar, ein Erfahrungsaustausch zwischen Städten aber denkbar
- Im Bereich der finanziellen Förderung würden unter Umständen Förderprogramme / Modellvorhaben mit dem Arbeitstitel „wirtschaftliche Profilierung und Wettbewerbsfähigkeit“ Sinn machen. Beiträge zur Förderung insbesondere kleinerer Agglomerationen wären denkbar, falls die Konzepte eine bestimmte Qualität erreichen. Damit könnten ein Zeichen gesetzt werden, dass Regionalpolitik nicht an den Agglomerationsgrenzen Halt macht. Möglicherweise wären Förderbeiträge an die Trägerschaften der Metropolitanregionen sinnvoll.
- Auch eine Überprüfung / Prüfung / Harmonisierung / Optimierung / Abbau von Regulierungen im Bereich Bau und oder Innovation könnten einen Teil der Agglomerationspolitik in diesem Themenbereich bilden.

Am Hearing wurde ferner festgestellt, dass ein Gegensatz zwischen Zentralisierung (Metropolitik) und dem Polyzentrismus (Politik der Städtenetze) besteht. Die Standortattraktivität ist zudem in hohem Masse ein Querschnittsthema (hängt z.B. von Verkehrserschliessung ab; Mitberücksichtigung von Sport und Kultur).